

Antrag des Regierungsrates vom 12. August 2009

4617

Energiegesetz

(Änderung vom : Stromversorgung)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 12. August 2009,

beschliesst:

I. Das Energiegesetz vom 19. Juni 1983 wird wie folgt geändert:

- § 1. Dieses Gesetz bezweckt, Zweck
lit. a–d unverändert;
e. den Vollzug des Bundesgesetzes vom 23. März 2007 über die Stromversorgung (StromVG) zu regeln.

Titel nach § 8:

II a. Vollzug des Stromversorgungsgesetzes

§ 8 a. ¹ Der Regierungsrat teilt die gesamte Fläche des Kantons in Netzgebiete auf und weist sie den Netzbetreibern zu. Diese betreiben innerhalb ihres Netzgebietes das lokale und das regionale Verteilnetz. Zuteilung
der Netzgebiete

² Bei der Aufteilung und Zuweisung berücksichtigt der Regierungsrat die bestehenden Eigentumsverhältnisse an den Elektrizitätsnetzen und vertragliche Regelungen über die Netze. Das Gebiet einer politischen Gemeinde wird in der Regel den in dieser Gemeinde tätigen Netzbetreibern zugewiesen.

³ Bestehende Netzgebiete werden nur ausnahmsweise aufgeteilt.

⁴ Vor der Bildung und Zuweisung der Netzgebiete werden die Netzbetreiber und die Gemeinden angehört. Die zuständige Direktion des Regierungsrates kann Pläne und weitere Unterlagen einfordern.

§ 8 b. Der Regierungsrat kann die Netzbetreiber mittels Leistungsaufträgen nach Art. 5 Abs. 1 StromVG zu Leistungen verpflichten, die folgenden Zwecken dienen: Leistungs-
auftrag

- a. Verbesserung der Grundversorgung über das durch Art. 5–7 StromVG gebotene Mass,

- b. Verbesserung der Versorgungssicherheit über das durch Art. 8 StromVG gebotene Mass, insbesondere zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen,
- c. Effizienzsteigerung der Elektrizitätsverwendung,
- d. Erbringung von Energiedienstleistungen, insbesondere zur Bereitstellung von Wärme, Kälte, Licht und mechanischer Arbeit.

Anschlussrecht
und Anschluss-
pflicht

§ 8 c. ¹ Im einem Netzbetreiber zugewiesenen Gebiet ist ausschliesslich dieser berechtigt, Netzanschlüsse für Endverbraucher zu erstellen.

² Ein Netzbetreiber ist verpflichtet, sämtliche Endverbraucher seines Gebiets anzuschliessen. Befindet sich der Endverbraucher ausserhalb der Bauzone, dürfen ihm höchstens die tatsächlich verursachten Anschlusskosten auferlegt werden. Im Streitfall entscheidet der Netzbetreiber mit Verfügung.

³ Ein Netzbetreiber kann einen Endverbraucher ausserhalb seines Netzgebietes anschliessen, wenn dieser, die betroffenen Netzbetreiber und Gemeinden sowie die zuständige Direktion zustimmen.

Angleichung
unterschied-
licher Netz-
nutzungstarife

§ 8 d. Der Regierungsrat kann Massnahmen gemäss Art. 14 Abs. 4 StromVG zur Angleichung unverhältnismässiger Unterschiede bei den Netznutzungstarifen beschliessen.

Rechtsschutz

§ 8 e. ¹ Das Verwaltungsgericht beurteilt im Klageverfahren Streitigkeiten betreffend das Anschlussrecht gemäss § 8 c Abs. 1 und 3.

² Der Regierungsrat entscheidet über Rekurse betreffend diejenigen Anteile im Elektrizitätstarif, die Abgaben und Leistungen an das Gemeinwesen darstellen.

II. Diese Gesetzesänderung untersteht dem fakultativen Referendum.

Weisung

I. Anlass zur Gesetzesänderung

1. Vorgaben des Bundes an die Kantone aufgrund des Stromversorgungsgesetzes

a) Grundzüge der Stromversorgungsgesetzgebung

Das Bundesgesetz über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz, StromVG; SR 734.7) hiessen die eidgenössischen Räte gleichzeitig mit einer Änderung des Energiegesetzes (SR 730.0) in der Schlussabstimmung vom 23. März 2007 gut. Der Bundesrat hat das Stromversorgungsgesetz teilweise auf den 1. Januar 2008 und vollständig auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt. Die Stromversorgungsverordnung (StromVV; SR 734.71) konkretisiert die im Stromversorgungsgesetz enthaltenen Bedingungen für den Netzzugang und das Entgelt für die Netznutzung. Sie gilt nur für die Phase der Teilmarktöffnung. Für den Übergang zur vollen Marktöffnung soll sie umfassend geändert werden.

Das Stromversorgungsgesetz schafft die Voraussetzungen für eine schrittweise Öffnung des schweizerischen Strommarktes und die Stärkung der Versorgungssicherheit. In einer ersten Marktöffnungsetappe sind Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von über 100 Megawattstunden (MWh) je Verbrauchsstätte berechtigt, ihren Anbieter selbst zu wählen. Der Übergang zur vollen Marktöffnung nach fünf Jahren führt über ein fakultatives Referendum. Der Strom ist gegen ein Netznutzungsentgelt zur Verbrauchsstätte durchzuleiten. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist die Pflicht der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) zur buchhalterischen Trennung des Verteilnetzbetriebs von den übrigen Tätigkeitsbereichen (Unbundling). Die Grundversorgung für Endverbraucher, die nicht am freien Markt teilnehmen können oder wollen (Endverbraucher mit Grundversorgung), ist weiterhin gewährleistet. Weitere Kernelemente des Stromversorgungsgesetzes sind:

- die schweizerische Netzgesellschaft,
- die Elektrizitätskommission (ElCom),
- die kantonalen Aufgaben im Bereich des Service public.

Die schweizerische Netzgesellschaft (Swissgrid AG) betreibt die Übertragungsnetze in der Schweiz und koordiniert den grenzüberschreitenden Stromaustausch. Die Überwachung des Netzzugangs und des Wettbewerbs erfolgt durch die ElCom, deren Mitglieder vom Bundesrat ernannt werden. Insbesondere überwacht und genehmigt die

EICom die Netznutzungstarife und stellt den diskriminierungsfreien Netzzugang sicher. Für die Sicherstellung des Netzzugangs setzt der Kanton die notwendige Anschlusspflicht durch. Bestehen unverhältnismässige Unterschiede der Netznutzungstarife innerhalb des Kantons, kann der Kanton Massnahmen zu deren Angleichung treffen.

b) Regelungsbedarf der Kantone

Auch mit der Elektrizitätsmarktliberalisierung bleibt das Stromnetz ein natürliches Monopol. Der Bundesgesetzgeber hat den Kantonen in diesem Zusammenhang eine Reihe von Aufgaben zum Vollzug zugewiesen. Nach Art. 30 Abs. 1 StromVG vollziehen die Kantone Art. 5 Abs. 1–4 und Art. 14 Abs. 4 erster Satz StromVG. Diese Aufgaben werden durch die StromVV nicht weiter konkretisiert. Im Wesentlichen ergibt sich Regelungsbedarf bezüglich:

- Zuteilung der Netzgebiete;
- Erteilung von Leistungsaufträgen;
- Anschlüssen ausserhalb des Netzgebietes;
- Anschlüssen ausserhalb der Bauzone;
- Durchsetzung der Anschlusspflicht;
- Angleichung unverhältnismässiger Unterschiede bei den Netznutzungstarifen.

2. Regelungsbedarf im Kanton Zürich

a) Gegenwärtiger Regelungsbedarf

Art. 106 Abs. 3 der Kantonsverfassung (LS 101) verlangt, dass der Kanton für eine sichere und wirtschaftliche Elektrizitätsversorgung sorgt. Mit Art. 5 und 14 StromVG erhält er zusätzliche Instrumente, um den Verfassungsauftrag, insbesondere im Netzbereich, umzusetzen. Dem Kanton ist die Möglichkeit einzuräumen, die Netzbetreiber mittels Leistungsauftrag zu weiter gehenden vorbereitenden Massnahmen zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen zu verpflichten (z. B. die Verpflichtung, ein bestimmtes Ausmass an Netzreservekapazitäten zu halten). Damit können auch Bestimmungen im Sinne von Art. 3 lit. d des eidgenössischen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG, SR 520.1) bzw. im Sinne von § 22 Abs. 1 des am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen kantonalen Bevölkerungsschutzgesetzes (BSG, LS 520) umgesetzt werden.

Der Vollzug der Aufgaben, die dem Kanton Zürich zugewiesen sind, erfordert die Festlegung von Zuständigkeiten und Verfahren. Die notwendigen kantonalen Gesetzesbestimmungen gehören thematisch in den Bereich der Energieversorgung und werden deshalb in das kantonale Energiegesetz (EnG, LS 730.1) integriert. Zu berücksichtigen sind bei der Umsetzung der genannten Aufgaben die besonderen Verhältnisse der Elektrizitätswirtschaft im Kanton Zürich mit den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ), dem Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Stadtwerk Winterthur und den über 40 weiteren Netzbetreibern.

b) Zukünftiger Regelungsbedarf

Neben der Ergänzung des EnG zur Umsetzung von Art. 5 Abs. 1–4 und Art. 14 Abs. 4 erster Satz StromVG müssen das EnG wie auch das Gesetz betreffend die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ-Gesetz; LS 732.1) aufgrund weiterer Bestimmungen des Stromversorgungsgesetzes angepasst werden. Beispielsweise muss § 2 EKZ-Gesetz überprüft werden. § 2 EKZ-Gesetz sieht vor, dass die EKZ den Kanton wirtschaftlich, sicher und umweltgerecht mit elektrischer Energie versorgen; ausgenommen ist das Gebiet der Stadt Zürich. Nach dem Stromversorgungsgesetz sind die EKZ als Netzbetreiber aber nur noch zur Belieferung der festen Endverbraucher verpflichtet. Die zum Markt zugelassenen Endverbraucher können jedoch ihren Stromlieferanten selber wählen. Auch Bestimmungen über die Gestaltung der Elektrizitätstarife, wie sie sich in § 8 EKZ-Gesetz oder § 3 EnG finden, müssen überprüft werden, da das Stromversorgungsgesetz diesbezüglich bereits Vorgaben enthält. In Anbetracht der erheblichen Auswirkungen des Stromversorgungsgesetzes auf die Elektrizitätswirtschaft im Kanton Zürich ist dafür ein gesonderter Gesetzgebungsprozess vorgesehen. Zudem kündigte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) im Dezember 2008 eine Überarbeitung des Stromversorgungsgesetzes an. Die Ergebnisse dieser Überarbeitung müssen abgewartet werden.

Daneben ist vorgesehen, eine Überprüfung der Beteiligungen des Kantons im Strombereich vorzunehmen. Dies soll jedoch erst erfolgen, wenn sich die ersten Auswirkungen des Stromversorgungsgesetzes auf die Elektrizitätswirtschaft niedergeschlagen haben. Aufgrund dieser Überprüfung wird zu entscheiden sein, wie die kantonalen Gesetze, insbesondere das EKZ-Gesetz, weiter anzupassen sind.

3. Bisheriges Rechtsetzungsverfahren; Vernehmlassung

Bei der Erarbeitung des Vorentwurfs waren Vertretungen der Elektrizitätswirtschaft und der Gemeinden beteiligt. Es wurde ein Projektausschuss, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen der Baudirektion und den EKZ, sowie eine Begleitgruppe, bestehend aus Vertretungen von Gemeinden und zürcherischen Elektrizitätswerken, eingesetzt.

Im September 2008 ermächtigte der Regierungsrat die Baudirektion, zur Änderung des Energiegesetzes (Stromversorgung) ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Der Vorentwurf wurde von Anfang Oktober 2008 bis Mitte Januar 2009 in die Vernehmlassung gegeben. Es gingen 62 Stellungnahmen ein. Davon stammten über 40 von Gemeinden und kantonalen Stellen, acht von Elektrizitätsversorgungsunternehmen, fünf von Verbänden und acht von politischen Parteien.

Die meisten Gemeinden stimmen kommentarlos dem Vorentwurf zu oder verweisen auf die Stellungnahme des Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV). Der GPV stellt fest, dass seine Anliegen grundsätzlich berücksichtigt worden sind. Einige Gemeinden schliessen sich der Stellungnahme ihres Elektrizitätsversorgungsunternehmens (EVU) bzw. des Verbandes Kommunaler Elektrizitätsversorgungsunternehmen (VKE) an. Der VKE verzichtet auf Änderungsvorschläge im Gesetzestext, wünscht aber Änderungen im Begleitbericht, da dieser auf einen grosszügigen Interpretationsspielraum im Gesetz hinweise. Unter Hinweis auf die zurzeit stattfindende Diskussion über Strompreiserhöhungen lehnt er Leistungsaufträge ab. Die schlanke Umsetzung der kantonalen Aufgaben im StromVG wird begrüsst. Auch die meisten EVU sind mit dem Vorentwurf einverstanden. Einige bemängeln jedoch wie der VKE, dass der Begleitbericht einen grosszügigen Interpretationsspielraum für das Gesetz zulasse. In erster Linie geht es dabei um die Zuordnung von Netzebenen und die Erteilung von Leistungsaufträgen. Auf keinen Fall soll eine Netzebene ausschliesslich den EKZ zugewiesen werden. Die EKZ begrüssen die Änderungen des EnG. Der Verband Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV) verlangt, sicherzustellen, dass andere Netzbetreiber neben den EKZ gleichberechtigte Partner sind. Die Gruppe Grosser Stromkonsumenten (GGS) und die Swissmem haben grundsätzlich keine Einwände zur Vorlage, möchten aber zusätzliche Bestimmungen bezüglich der Anschlusssituation in Arealen einbringen.

Die FDP vertritt die Auffassung, dass ein Einführungsgesetz zum StromVG zweckmässiger wäre, ist aber erfreut, dass sich der Vorentwurf eng an die den Kantonen überbundenen Aufgaben halte und grundsätzlich darauf verzichte, weiter gehende Regelungen zu treffen. Die SP schätzt die Strommarktliberalisierung in der Schweiz bisher nicht als Erfolgsgeschichte ein, weshalb eine kantonale Gesetzgebung auf das Notwendigste zu beschränken sei. Die SVP begrüsst, dass sich die Änderungen im EnG auf die dem Kanton zugewiesenen Vollzugsaufgaben beschränken, und stellt fest, dass die Rechte und Pflichten ausgewogen verteilt seien und dies eine gute Ausgangslage für eine langfristige Netzplanung bilde. Die CVP begrüsst die vorgeschlagene Anpassung des EnG an das StromVG. Die EVP unterstützt die Änderungen des EnG und begrüsst deren Beschränkung auf die dem Kanton zugewiesenen Vollzugsaufgaben. Die Grünen begrüssen, dass mit den wenigen Regelungen Spielraum zur späteren Berücksichtigung von Erfahrungen offengelassen werde. Die Grünliberalen begrüssen die allgemeine Stossrichtung der Vorlage. Als sehr wichtig erachten sie die Möglichkeit zur Erteilung von Leistungsaufträgen. Die EDU weist darauf hin, dass die Terminologie der kantonalen Gesetzesanpassung derjenigen des Bundesgesetzes entsprechen soll.

Ein Grossteil der Änderungsanträge zum Vorentwurf konnte für den vorliegenden Entwurf berücksichtigt werden.

II. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

§ 1. Zweck

Der kantonale Vollzug des Stromversorgungsgesetzes ist ein neues Sachgebiet innerhalb der kantonalen Energiegesetzgebung. Deshalb ist die Zweckbestimmung entsprechend zu erweitern.

§ 8a. Zuteilung der Netzgebiete

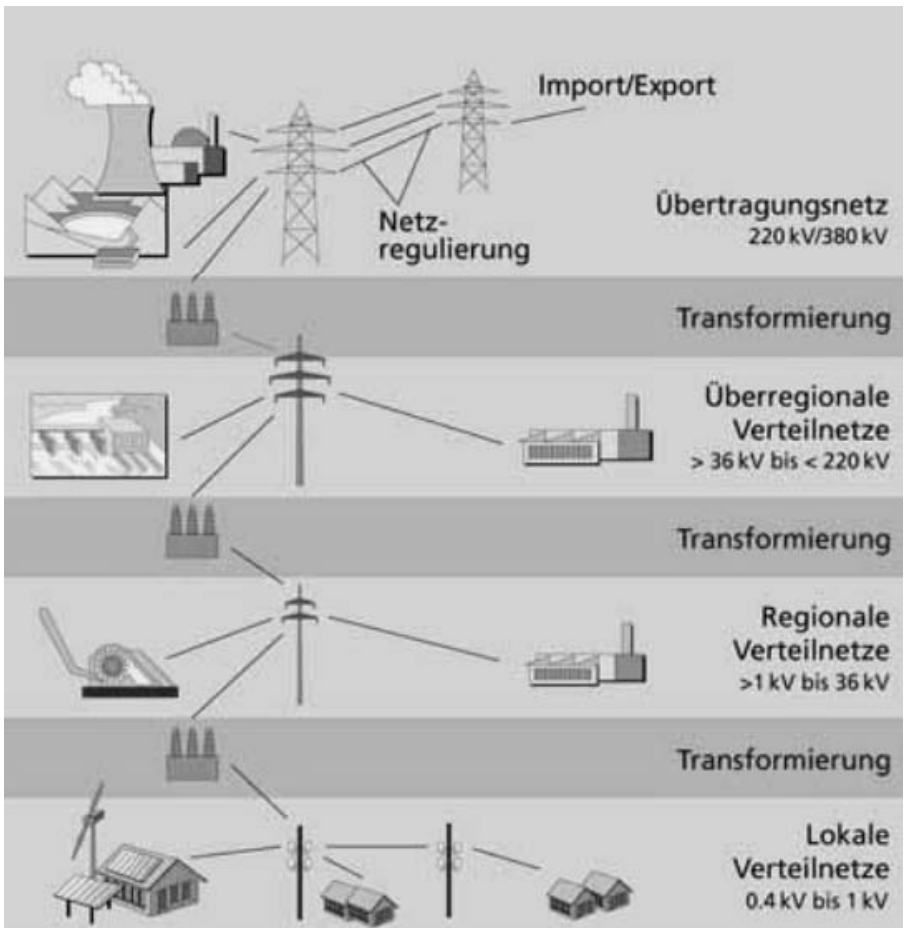
Abs. 1

Nach Art. 5 Abs. 1 StromVG bezeichnen die Kantone die Netzgebiete der auf ihrem Gebiet tätigen Netzbetreiber. Die Zuteilung der Netzgebiete ist als Vollzugsaufgabe im kantonalen Recht zu regeln (Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Elektrizitätsgesetzes und zum StromVG, BBl 2005, 1644; im Folgenden Botschaft StromVG). Mit der Zuteilung der Netzgebiete wird bestimmt, welcher Netzbetreiber in einem geografisch abgegrenzten Gebiet die Anschlusspflicht (Art. 5 Abs. 2 StromVG) und die Lieferpflicht (Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 StromVG) zu übernehmen hat. Durch die flächendeckende Zuteilung

wird sichergestellt, dass Endverbraucher im ganzen Kantonsgebiet angeschlossen und versorgt werden können. Weiter ist dadurch gewährleistet, dass Elektrizitätserzeuger, insbesondere solche, die Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien ausserhalb von Bauzonen planen, wissen, welcher Netzbetreiber für sie zuständig ist. Deshalb sollen die Netzgebietszuteilungen veröffentlicht werden. Diese Erfordernisse sowie die heute teilweise gemeindeübergreifenden Versorgungsstrukturen sprechen dafür, dass die Aufgabe durch den Regierungsrat wahrgenommen wird.

Sollten sich die Verhältnisse nach der erstmaligen Netzgebietszuteilung derart ändern, dass eine neue Zuteilung erforderlich wird, trägt der Regierungsrat diesen veränderten Verhältnissen mit dem Erlass neuer Zuteilungsverfügungen Rechnung. Beispielsweise könnten zwei oder mehrere Netzbetreiber ihre Netzgebiete zur Kostensenkung zusammenlegen wollen. Eine solche Änderung der Netzgebiete würde begrüsst.

Da die meisten Endverbraucher an das lokale Verteilnetz (vgl. nachstehende Grafik), grössere Gewerbe- und Industriebetriebe jedoch an das regionale Verteilnetz angeschlossen sind, umfasst eine Netzgebietszuteilung diese beiden Verteilnetze. Der Anschluss von Anlagen an das überregionale Verteilnetz ist nur bei sehr grossen Endverbrauchern (Schwerindustrie) oder bei Grosskraftwerken nötig und daher selten. Das überregionale Verteilnetz wird deshalb nicht in das Netzgebiet eingeschlossen und soll gemäss den Eigentumsverhältnissen oder vertraglichen Abmachungen betrieben werden. Es ist Sache der Elektrizitätswirtschaft, die überliegenden Netze und Installationen so zu erstellen, dass sie den Endverbrauchern gemäss Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 Abs. 1 StromVG jederzeit die gewünschte Menge an Elektrizität mit der erforderlichen Qualität zu einem angemessenen Tarif liefern können.



Grafik: Definition der Netzebenen

Jeder Netzbetreiber hat in seinem Netzgebiet dafür zu sorgen, dass Endverbraucher an das lokale oder regionale Verteilnetz angeschlossen werden. Kann ein Netzbetreiber Endverbraucher, die nach Art. 5 Abs. 5 StromVG zu einem Anschluss an das regionale Verteilnetz berechtigt sind, nicht oder nur mit unzumutbaren Kostenfolgen an sein Netz anschließen, muss er für diese eine andere Lösung finden. Beispielsweise

kann er mit einem anderen Netzbetreiber einen entsprechenden Antrag für eine Regelung gemäss § 8c Abs. 3 an die Baudirektion (als zuständige Direktion) richten. Bereits heute werden Endverbraucher von den EKZ in anderen Netzgebieten über deren regionales Verteilnetz versorgt. Da sich der Regierungsrat bei der Netzgebietszuteilung nach den bestehenden Eigentumsverhältnissen und vertraglichen Abmachungen zu richten hat, werden den EKZ mit § 8c Abs. 3 diese Endverbraucher weiterhin zum Anschluss zugeteilt.

Abs. 2

Die Netzgebietszuteilung muss diskriminierungsfrei erfolgen (Art. 5 Abs. 1 zweiter Satz StromVG) und soll sich möglichst am heutigen Zustand orientieren (Botschaft StromVG, 1644). § 8a Abs. 2 schreibt deshalb vor, dass die bisherigen Eigentumsverhältnisse an den Netzen und allfällige vertragliche Regelungen, z. B. zwischen den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, berücksichtigt werden sollen. Im Grundsatz bleiben die bereits in einer Gemeinde tätigen Netzbetreiber für die im Gemeindegebiet liegenden Endverbraucher zuständig. Bei der Zuteilung nicht erschlossener Gebiete berücksichtigt der Regierungsrat auch die Grenzen der politischen Gemeinden.

Betreibern von Netzen kleiner räumlicher Ausdehnung zur Feinverteilung wie auf Industriearealen oder innerhalb von Gebäuden werden in Übereinstimmung mit Art. 4 Abs. 1 lit. a StromVG keine Netzgebiete zugeteilt. Der verantwortliche Netzbetreiber hat der Anschlusspflicht nachzukommen. Dieser hat jedoch die bestehenden Verträge zu berücksichtigen, sofern sie nicht durch das StromVG eingeschränkt werden.

Abs. 3

Eine Teilung des Netzgebietes soll grundsätzlich nicht zulässig sein, weil dies unterschiedliche Netznutzungstarife je Kundengruppe und je Spannungsebene zur Folge hätte. Dies würde der mit Art. 14 Abs. 4 StromVG angestrebten Angleichung der Netznutzungstarife («Preissolidarität») zuwiderlaufen. Einer Teilung kann jedoch ausnahmsweise zugestimmt werden, wenn die Aufteilung eines Netzgebietes aus technischen oder betrieblichen Gründen geboten ist oder wenn ein Netzeigentümer den Netzbetrieb, den er zeitweise einem anderen Netzbetreiber abgegeben hat, wieder selbst übernehmen will. Solche Anpassungen müssen vom Regierungsrat genehmigt werden. Dabei soll dem Grundsatz der Preissolidarität Rechnung getragen werden.

Abs. 4

In mehr als 120 Gemeinden des Kantons Zürich sind die EKZ alleiniger Netzbetreiber. In über 40 Gemeinden ist ein anderer oder sind mehrere Netzbetreiber tätig. In den wenigen Gemeinden mit mehr als einem Netzbetreiber sind die Grenzen zwischen den Netzgebieten auf die Parzellen genau festzulegen. Deshalb sind die Gemeinden und die betroffenen Netzbetreiber bei der Netzgebietszuteilung gebührend einzubeziehen. Weiter sind die Netzbetreiber verpflichtet, der Baudirektion (als zuständige Behörde) die für die Netzgebietszuteilung nötigen Angaben zu erbringen.

§ 8b. Leistungsauftrag

Die Kantone können die Zuteilung eines Netzgebietes mit einem Leistungsauftrag an den Netzbetreiber verbinden (Art. 5 Abs. 1 letzter Teilsatz StromVG). Die Leistungsaufträge richten sich an alle Netzbetreiber auf dem Kantonsgebiet.

Zur Sicherstellung der Grundversorgung gemäss § 8b lit. a können den Netzbetreibern über das StromVG hinausgehende Versorgungspflichten auferlegt werden (Botschaft StromVG, 1644). Hinsichtlich § 8b lit. b ist insbesondere auf § 22 Abs. 1 des am 1. Juli 2008 neu in Kraft getretenen Bevölkerungsschutzgesetzes (BSG, LS 520) hinzuweisen. Zur Bewältigung von ausserordentlichen Lagen können gemäss dieser Bestimmung Anordnungen an Elektrizitätsversorgungsunternehmen ergehen. Diese Anordnungen betreffen die Aufrechterhaltung der Netzsicherheit in Fällen wie Erdbeben, grossflächigen Überschwemmungen oder Bränden. Die Sicherstellung einer ausreichenden Elektrizitätsproduktion und der Übertragung auf dem Höchstspannungsnetz wird durch Organisationen der Elektrizitätswirtschaft und durch den Bund wahrgenommen.

Zur Steigerung der Effizienz der Elektrizitätsverwendung gemäss § 8b lit. c können beispielsweise Energieberatung und -verbrauchsanalysen gefördert werden (Botschaft StromVG, 1624). Als Energiedienstleistung gemäss § 8b lit. d kommt etwa das effiziente Bereitstellen von Wärme oder Licht in Betracht. Für das effiziente Erbringen von Energiedienstleistungen eignen sich insbesondere die Bereiche Gebäudeheizung, Warmwasserbereitung, Kühlung, Produktherstellung, Beleuchtung und Antriebstechnik. Bereits heute stellen einzelne EVU, wie beispielsweise die EKZ, Energiedienstleistungen über das sogenannte Contracting zur Verfügung. In seiner Hauptanwendungsform bezieht sich das Contracting auf die Bereitstellung bzw. Lieferung von Wärme, Kälte, Strom, Dampf, Druckluft usw. sowie den Betrieb der dazugehörigen Anlagen. Durch geeignete Finanzierungsmodelle können die diesbezüglichen Kosten für die Endverbraucher über einen längeren

Zeitraum verbindlich geregelt werden. Weiter könnte § 8b lit. d zur Verbreitung der Elektromobilität eingesetzt werden, indem beispielsweise durch die Netzbetreiber kantonsweit Ladestationen bereitgestellt werden. § 8b lit. c und d können als zusätzliche Instrumente zur Umsetzung der kantonalen Energieplanung gemäss §§ 4 ff. EnG herangezogen werden.

Die Leistungen sind im jeweils zugewiesenen Netzgebiet zu erbringen. Die den Netzbetreibern dadurch entstehenden Mehrkosten können als gesondert ausgewiesenes Preiselement nach Art. 6 Abs. 3 StromVG in die Netznutzungstarife eingerechnet und damit auf die Endverbraucher überwältzt werden. Durch einen Leistungsauftrag begründete Leistungen sind der Überwachung durch die ElCom entzogen (vgl. Art. 22 Abs. 2 lit. a und b StromVG). Der Leistungsauftrag muss nicht gleichzeitig mit der erstmaligen Netzzuteilung erteilt werden, sondern kann auch später erfolgen.

Im Rahmen ihrer Rechtsgrundlagen können Gemeinden den Netzbetreibern auf dem Gemeindegebiet ebenfalls Aufträge erteilen. Hingegen bleibt die Erteilung eines Leistungsauftrags im Sinne von Art. 5 Abs. 1 StromVG dem Kanton vorbehalten. Deshalb soll auch die Verwendung des Begriffs Leistungsauftrag dem Kanton vorbehalten bleiben und es soll für die Endverbraucher klar ersichtlich sein, welche Leistungen von den Netzbetreibern aufgrund des kantonalen Leistungsauftrags und welche aufgrund von kommunalen Aufträgen erteilt werden. Insbesondere sollen die dafür jeweils notwendigen Abgaben von den Netzbetreibern auf der Rechnung für die Endverbraucher klar ersichtlich aufgeführt werden.

§ 8c. Anschlussrecht und Anschlusspflicht

Abs. 1

Der Netzbetreiber, dem ein Netzgebiet zugeteilt wird, trägt darin die Anschlusspflicht gemäss Art. 5 Abs. 2 StromVG und hat das alleinige Recht, Anschlüsse in diesem Gebiet zu erstellen. Er erhält damit die nötige Sicherheit für eine langfristige Planung und den Schutz für Vorinvestitionen in den Netzausbau. Der Wettbewerb im Netzbereich soll unterbunden werden, um der Bildung von Parallelnetzen vorzubeugen. Diese würden insgesamt zu mehr Kosten führen, was den Zielsetzungen des StromVG widerspräche. Vorbehalten bleiben jedoch Abweichungen nach Abs. 3.

Abs. 2

Nach Art. 5 Abs. 4 StromVG können die Kantone Bestimmungen über Anschlüsse ausserhalb der Bauzone sowie über deren Bedingungen und Kosten erlassen. Gemäss Art. 5 Abs. 2 StromVG werden die

Netzbetreiber verpflichtet, alle Endverbraucher innerhalb der Bauzone sowie ganzjährig bewohnte Liegenschaften und Siedlungen ausserhalb der Bauzone anzuschliessen. Somit verbleibt den Kantonen die Regelungskompetenz mit Bezug auf Anschlüsse für Endverbraucher ausserhalb der Bauzone, die nicht bereits gestützt auf das StromVG anzuschliessen sind. Damit sind in erster Linie Endverbraucher von nicht ganzjährig bewohnten Liegenschaften ausserhalb der Bauzonen gemeint. Als nicht ganzjährig bewohnt gelten Liegenschaften, in denen jemand nicht seinen dauernden Wohnsitz hat. Neben zeitweise bewohnten Bauten gehören dazu auch unbewohnte Bauten (gewerbliche oder landwirtschaftliche Nutzung, Spezialnutzungen wie Schiessanlagen, Sendeanlagen usw.).

§ 8c Abs. 2 legt fest, dass alle Endverbraucher innerhalb des Netzgebietes Anspruch auf einen Netzanschluss haben. Damit haben auch diejenigen Endverbraucher Anspruch auf einen Netzanschluss, die sich ausserhalb von Bauzonen und in nicht ganzjährig bewohnten Liegenschaften und Siedlungen befinden. Gemäss Art. 5 Abs. 4 StromVG sind die Kantone befugt, Bestimmungen über deren Anschlusskosten zu erlassen. Die Anschlusskosten bestehen in der Regel aus Netzanschluss- und Netzkostenbeiträgen. Erstere umfassen die Kosten für die Erstellung der erforderlichen Leitungsbauwerke ab dem bestehenden Elektrizitätsnetz bis zum Hausanschluss. Mit Letzteren wird die beanspruchte Netzbelastung abgegolten. Die tatsächlichen Anschlusskosten bilden die Obergrenze für die Kostenaufgabe an die Endverbraucher. Bestimmungen in Anschlussregelungen, die tiefere Anschlussgebühren als diese Obergrenze festsetzen, sind weiterhin zulässig.

Der rechtliche Anspruch auf Anschluss an das Elektrizitätsnetz ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung. So sind die Netzbetreiber verpflichtet, in ihrem Gebiet sämtliche Endverbraucher innerhalb und ausserhalb der Bauzone an ihr Netz anzuschliessen. Ist die Anschlusspflicht zwischen Netzbetreibern und Endverbrauchern strittig, entscheidet der Netzbetreiber im Streitfall mit Verfügung. Die Festlegung der Rechtsnatur dieses Entscheides ist deshalb wichtig, weil nicht alle Netzbetreiber befugt sind, hoheitlich zu handeln. Eine Anfechtung der Verfügung erfolgt sodann gemäss dem allgemeinen Instanzenzug.

Abs. 3

Der Bundesgesetzgeber räumt den Kantonen das Recht ein, auf ihrem Gebiet tätige Netzbetreiber dazu zu verpflichten, Endverbraucher auch ausserhalb ihres Netzgebietes an das Netz anzuschliessen (Art. 5 Abs. 3 StromVG). Diese Massnahme ist sowohl von der Zuteilung der Netzgebiete nach § 8a wie auch vom Anschluss eines Endverbrauchers ausserhalb der Bauzone nach § 8c Abs. 2 zu unterscheiden.

Bei der vorliegenden Bestimmung geht es um den Anschluss von einem oder mehreren Endverbrauchern in einem anderen Netzgebiet. In Einzelfällen kann es zweckmässig sein, dass der Anschluss an das Netz durch einen anderen Netzbetreiber erfolgt. Einigen sich diesbezüglich zwei oder mehrere Netzbetreiber zusammen mit den betroffenen Gemeinden und Endverbrauchern, können sie der Baudirektion (als zuständige Behörde) einen entsprechenden Antrag zur Genehmigung unterbreiten.

§ 8d. Angleichung unterschiedlicher Netznutzungstarife

Nach Art. 14 Abs. 4 StromVG treffen die Kantone die geeigneten Massnahmen zur Angleichung unverhältnismässiger Unterschiede bei den Netznutzungstarifen auf ihrem Gebiet. In einzelnen Regionen ist mit höheren Netznutzungstarifen zu rechnen, beispielsweise weil längere Leitungen erforderlich, die abgesetzten Energiemengen gering oder die Baukosten höher sind. Es wird erst nach einer gewissen Zeit nach der Marktöffnung möglich sein, die Effizienz des Netzbetriebs zu beurteilen. Erst dann kann der Regierungsrat entscheiden, ob eine Solidarisierung und damit eine Angleichung nach Art. 14 Abs. 4 StromVG erforderlich ist. Es ist insbesondere davon auszugehen, dass kleinere Netzbetreiber Lösungen suchen werden, um ihre Kosten zu minimieren. Das kann zu Netzverkäufen oder Netzzusammenlegungen führen mit dem Ziel, die Netznutzungstarife zu senken.

§ 8e. Rechtsschutz

Abs. 1

Der Netzbetreiber, dem ein Netzgebiet zugeteilt ist, trägt darin die Anschlusspflicht (Art. 5 Abs. 2 StromVG) und hat das alleinige Recht, Anschlüsse in diesem Gebiet zu erstellen. Streitigkeiten unter Netzbetreibern über ihr Anschlussrecht gemäss § 8c Abs. 1 und 3 sind vom Verwaltungsgericht zu entscheiden. Die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts ist insbesondere deshalb gerechtfertigt, weil in einer solchen Streitigkeit die EKZ, die vom Kantonsrat beaufsichtigt werden (§ 9 EKZ-Gesetz), Partei sein können.

Abs. 2

In diesem Absatz geht es um die Anfechtung des Elektrizitätstarifs eines Netzbetreibers im Sinne einer abstrakten Normenkontrolle. Gemäss Art. 22 Abs. 1 StromVG überwacht die ElCom die Einhaltung des StromVG, trifft die Entscheide und erlässt die Verfügungen, die für den Vollzug dieses Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen notwendig sind.

Streitfälle über die Anfechtungsgegenstände, die in Art. 22 Abs. 2 StromVG angeführt werden, sind unabhängig von deren Rechtsnatur direkt von der EICom zu entscheiden. Gegen Verfügungen der EICom kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde geführt werden (Art. 23 StromVG). Hingegen bleibt der Kanton in Streitfällen über den Anteil im Elektrizitätstarif, der Abgaben und Leistungen an das Gemeinwesen betrifft, weiterhin zuständig (Art. 22 Abs. 2 lit. a StromVG). Solche Streitfälle werden heute von den Gemeinden und Bezirksräten als untere Instanzen entschieden, wenn es sich um Abgaben und Leistungen handelt, die von den Gemeinden festgelegt werden. Erwünscht ist, dass sich bei diesen Streitfällen sowie bei Streitigkeiten über kantonale Abgaben und Leistungen eine einheitliche kantonale Praxis entwickeln kann. Als Rechtsmittelinstanz ist daher der Regierungsrat einzusetzen.

III. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, der Vorlage zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:	Der Staatsschreiber:
Aeppli	Husi